



Presseschau vom 13.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipp:

Karin Leukefeld: Wie die Interessen des Westens in Syrien den Menschen die Luft abschnüren

Obwohl der von etlichen Staaten unterstützte Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad gescheitert ist, lässt die westliche Politik die Bevölkerung in Syrien weiterhin für ihre eigenen geopolitischen Ziele leiden. Ein Überblick ...

<https://kurz.rt.com/2f9s>

vormittags:

de.rt.com: Bericht: Nawalny-Team erhielt seit Jahresbeginn rund 300.000 US-Dollar in Bitcoins durch Spenden

Seit dem Jahreswechsel sollen Geldgeber dem Stab von Alexei Nawalny Bitcoins im Wert von insgesamt 300.000 US-Dollar gespendet haben, so "Reuters". Dies sei mehr als im gesamten Jahr 2020. Die größten Donationen folgten demnach unmittelbar nach Nawalnys Rückkehr nach Russland.

Eine Analyse des Bitcoin-Wallets des Nawalny-Teams ergab Reuters zufolge, dass dort im Zeitraum zwischen dem 1. Januar und 11. Februar Geldmittel in Höhe von 6.242 Bitcoins eingegangen seien. Dies entspricht laut dem aktuellen Wechselkurs von Bitcoin, der am Freitag die Marke von 48.000 US-Dollar pro Bitcoin geknackt hat, nahezu 300.000 US-

Dollar. Nach Berechnungen der Kryptowährungs-Webseite Protos übertrifft diese Summe unter Anrechnung der Wechselkursänderung den Gesamtwert von Spenden, den Nawalnys Mitstreiter im Jahr 2020 kassiert haben.

Besonders aktiv seien die Geldgeber nach der Rückkehr des russischen Oppositionspolitikers aus Deutschland gewesen: So hätten sie laut der Recherche anhand von Daten des Portals blockchain.com einen Bitcoin am Tag nach Nawalnys Festnahme in Moskau sowie weitere 0,86 und 1 Bitcoins am Vortag bzw. direkt nach den Protesten von Nawalnys Unterstützer auf das Konto seines Stabs überwiesen.

Nawalnys Wahlstabsleiter Leonid Wolkow bestätigte den Zuwachs von Spenden im Zusammenhang mit der Situation um den Oppositionellen nach dessen Heimkehr: "Wir hatten einen sehr großen Zulauf an Spenden. Die meisten Spenden kamen von einfachen Menschen."

Wolkow sagte, dass sich die Spenden im Januar im Vergleich zum Vormonat tatsächlich verdoppelt hätten, weigerte sich jedoch zu präzisieren, wie viel Geld genau bzw. welcher Anteil davon in Bitcoins überwiesen wurde. Er hielt es außerdem für unkorrekt, den Gesamtwert der eingegangenen Bitcoin-Spenden auf 300.000 US-Dollar zu beziffern, da die meisten von ihnen zu jenem Zeitpunkt gemacht worden seien, als der Wechselkurs der Kryptowährung weniger als die Hälfte vom aktuellen Wert betrug.

Nachdem die regionalen Niederlassungen des Nawalny-Stabs im Jahre 2016 begonnen hatten, Spenden-Überweisungen in Kryptowährung zu akzeptieren, seien auf ihre Konten insgesamt mehr als 658 Bitcoins transferiert worden, heißt es im Bericht ferner. Laut dem aktuellen Wechselkurs entspricht dies rund 31 Millionen US-Dollar. Indessen betonte Wolkow, dass es sich nur bei etwa einem Drittel davon um direkte Bitcoin-Spenden der Geldgeber handele – der Rest solle sich aus internen Konvertierungen anderer Spenden in Bitcoins ergeben haben. Am Tag der Veröffentlichung des Reuters-Artikels verfügte das Kontoguthaben des Nawalny-Teams allerdings lediglich über 1.493 Bitcoins.

Neben Kryptowährungen akzeptiert es außerdem Zahlungen über Bank- und Kartenüberweisungen sowie über Paypal. Laut Wolkow machen Bitcoin-Spenden in der Regel etwa zehn Prozent aller Geldüberweisungen aus, wobei es im Januar eine Ausnahme gegeben habe. Angesichts der fortdauernden Sperren der Konten von Nawalnys Mitstreiter durch die russischen Behörden setzte Wolkow große Hoffnung auf den Bitcoin als ein gutes alternatives Zahlungsmittel, um sich trotz der Sperren über Wasser zu halten.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.02/article/6026707848fbef62f05d8b66.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorien weiter Detonationen von Sprenganlagen registriert:

11:30 Uhr im Gebiet von Orechowo.

12:40 Uhr im Gebiet von Nowoalexandrowka.

snanews.de: **Außenminister Maas: Bundeswehr-Mandat für Afghanistan verlängern**

Außenminister Heiko Maas schlägt vor, das Ende März auslaufende Mandat für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu verlängern. Denn bis dahin seien die Friedensverhandlungen mit den militant-islamistischen Taliban noch nicht abgeschlossen, sagte der SPD-Politiker zur Begründung den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstag). „Deshalb müssen wir auch mit einem neuen Bundestagsmandat auf unterschiedliche Szenarien vorbereitet sein“, so Maas.

Für die Beteiligung an der Nato-Mission „Resolute Support“ kann die Bundeswehr bis zu 1300 Soldaten einsetzen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur am Samstag. Auftrag ist die Beratung, Ausbildung und Unterstützung der einheimischen Sicherheitskräfte. Der Ende März auslaufende, einjährige Einsatz wurde von der Regierung mit Kosten von 427,5 Millionen Euro veranschlagt.

Hintergrund der Abzugsdiskussion in der Nato ist ein Abkommen, das die US-Regierung mit den Taliban geschlossen hat. Es stellt den Extremisten einen Rückzug aller ausländischen Streitkräfte bis Ende April in Aussicht. Die Taliban hatten sich im Gegenzug zu Friedensgesprächen mit der Regierung in Kabul verpflichtet und eine signifikante Reduzierung der Gewalt versprochen. Trotz der Aufnahme von Friedensgesprächen im September geht der Konflikt aber unvermindert weiter.

Maas sagte, mit der neuen US-Regierung sei ein partnerschaftliches Vorgehen wieder möglich. Man sei sich einig, „dass wir den Einsatz als Bündnispartner gemeinsam zu Ende führen wollen, auf verantwortungsvolle Weise und so, dass der Friedensprozess nicht gefährdet wird“.

Die FDP-Wehrexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann sagte den Funke-Zeitungen, die Bundeswehr habe sich darauf eingestellt, das Land zügig zu verlassen.

„Wenn sie über April hinaus in Afghanistan bleiben soll, muss die Bundesregierung das gegenüber dem Parlament begründen“, so Strack-Zimmermann.

Ihre Partei warte seit Langem auf eine Evaluation des Einsatzes durch Maas. „Eine ehrliche Analyse von 20 Jahren Afghanistan sind wir schon den gefallenen Soldaten schuldig.“

Der Vize-Fraktionschef der Linken, Dietmar Bartsch, sagte, Bombenanschläge kennzeichneten bis heute den Alltag in Afghanistan, trotz tausender internationaler Soldaten in den vergangenen 20 Jahren. Dem Land fehle weiter eine Perspektive für eine friedliche Zukunft. „Afghanistan ist von einem befristeten Einsatz zu einer Dauerpräsenz geworden, die dem Land nichts nützt und deshalb vor dem zwanzigsten Jubiläum enden sollte.“

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) müsse endlich eine Exitstrategie für die Bundeswehr vorlegen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/11/549423_0:270:3162:2048_1440x0_80_0_0_6efaff85fbb030b744c7ba2fefda1ab9.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. Februar 3:00 Uhr bis 13. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: Unterlaufgranatwerfer – 3 Granaten; Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Leninskoje**.

Um 20:02 Uhr wurde eine Detonation infolge technischer Arbeiten im Gebiet von Awdejewka registriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: „Schlechtes Geschäft“ – USA drohen mit Sanktionen bei Fertigstellung von Nord Stream 2

Die USA werden die Möglichkeit der Verhängung von weiteren Sanktionen prüfen, falls Versuche unternommen werden sollen, die Gaspipeline Nord Stream-2 fertig zu bauen. Dies hat der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, bei einem Briefing bekannt gegeben.

„Unsere Position zu Nord Stream 2 ist sehr klar und bleibt unverändert. Präsident Biden hat deutlich gemacht, dass Nord Stream 2 ein schlechtes Geschäft ist“, sagte er vor den Reportern.

„Es ist ein schlechtes Geschäft, weil es Europa spaltet, es setzt die Ukraine und Mitteleuropa der russischen Manipulation aus, es verstößt gegen Europas eigene erklärte Energie- und Sicherheitsziele.“

Die USA würden die Aktivitäten zur Fertigstellung oder Zertifizierung der Pipeline weiter beobachten, sagte Price. Bei ihrer Fort- oder Durchführung würden die USA „eine Entscheidung über die Anwendbarkeit von Sanktionen“ treffen.

Dabei seien die Sanktionen „nur eines von vielen wichtigen Instrumenten“, fügte er hinzu.

Zuvor hatte der „Spiegel“ berichtet, deutsche Behörden würden derzeit eine Art "strategisches Gesamtpaket“ mit der US-Seite besprechen, das den Umgang mit der Pipeline Nord Stream 2

reglementieren würde. In die Diskussion seien unter anderem Transatlantiker wie der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel einbezogen. Zu den Optionen, die diskutiert würden, gehöre unter anderem die Möglichkeit, die Gaslieferung über die Pipeline im Fall der mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen seitens Russlands zu unterbrechen. Nach Angaben des Magazins hoffe die Bundesregierung, dass eine Einigung über das Projekt mit der Administration Biden einfacher zu erreichen wäre als mit der Administration seines Vorgängers Donald Trump. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/01/742997_0:162:3068:1888_1440x0_80_0_0_92cc7becf851d3a6aa68397ffe506421.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. Februar um 9:00 Uhr 2834 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2353 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 249 Todesfälle.

de.rt.com: Russland fordert USA zur Einstellung von "rücksichtslosem Säbelrasseln" im Schwarzen Meer auf

Russland forderte das US-Militär auf, dessen "rücksichtsloses Säbelrasseln einzustellen" und sich um dessen "eigene Angelegenheiten in den Hoheitsgewässern der Vereinigten Staaten zu kümmern". Für den Frieden und die Sicherheit am Schwarzen Meer bedürfe es keiner fremden Einmischung.

Als Reaktion auf die jüngsten "Militärübungen" der NATO-Verbündeten im Schwarzen Meer forderte die russische Botschaft in den USA das US-Militär am Mittwoch in einem Twitter-Beitrag dazu auf, dessen "rücksichtsloses Säbelrasseln einzustellen". Die Kriegsspiele seien ein Vorwand für Washington, dessen Militärpräsenz am Schwarzen Meer zu erhöhen.

"Wir fordern das US-Militär auf, dessen rücksichtsloses Säbelrasseln einzustellen und sich um dessen eigene Angelegenheiten in den Hoheitsgewässern der Vereinigten Staaten zu kümmern. Für den Frieden und die Sicherheit am Schwarzen Meer bedarf es keiner fremden Einmischung."

Die US-Zerstörer "USS Porter" und "USS Donald Cook" sind seit Januar mit Verbündeten und der ukrainischen Marine im Schwarzen Meer im Einsatz. Am Dienstag schlossen sich beide Kriegsschiffe mit einem P-8A-Aufklärungsflugzeug, sowie zwei türkischen Fregatten und F-16-Kampfflugzeugen in einer integrierten Boden-, Luft- und Untergrundkriegsübung zusammen. Am Mittwoch reisten die Zerstörer nach 17 Tagen ab. Bei dem Manöver soll es sich um einen der größten Einsätze der Marine im Schwarzen Meer in den letzten Jahren gehandelt haben.

Das russische Außenministerium teilte mehrfach mit, dass die militärische Präsenz von Kriegsschiffen der Nationen außerhalb der Region im Schwarzen Meer die Stabilität in der Region nicht fördern könne.

Die Vereinigten Staaten gaben an, sie handelten im Rahmen des Internationalen Meerengen-Abkommens für die Dardanellen und den Bosphorus. US-amerikanische Bomber und Spionageflugzeuge sowie NATO-Flugzeuge wurden in den letzten Jahren jedoch häufig in der Nähe der russischen Grenzen am Schwarzen Meer gesichtet. Die Ukraine bot der NATO kürzlich an, den Luftraum über der Krim für militärische Zwecke zu nutzen. Dies erklärte der ukrainische Minister für Infrastruktur nach einem Gespräch mit dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär am Mittwoch in Brüssel.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6026998648fbef633912bc8d.JPG>

Mzdnr.ru: Am 12. Februar wurden in der DVR 574 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 210 positiv, bei 30 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 13. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 22.711 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7285 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 13.506 als gesund entlassen, es gibt 1920 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 96 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 10 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 72 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1079 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 510 mit Sauerstoffunterstützung (+7 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: **Selbstmordanschlag bei Parlamentsgebäude in Mogadischu – drei Tote**

Drei Menschen sind bei einer schweren Autobombenexplosion in der Nähe des Parlamentsgebäudes in der somalischen Hauptstadt Mogadischu ums Leben gekommen. Acht weitere sind verletzt worden. Dies berichtete die Nachrichtenagentur AFP unter Verweis auf einen Sicherheitsbeamten.

„Drei Zivilisten starben nach den Informationen, die wir bisher erhalten haben, und acht weitere wurden verletzt“, zitiert die Nachrichtenagentur den Sicherheitsbeamten Abdirahman Mohamed.

Zuvor hatte der Sprecher der somalischen Bundesregierung und leitender Berater des Premierministers für Medien, Mohamed Ibrahim Moalimuu, von sechs Verletzten berichtet.

Ihm zufolge wurde nur der Selbstmordattentäter als tot bestätigt.

„Sicherheitskräfte haben einen möglicherweise massiven Selbstmordanschlag in der Nähe der Sayidka-Kreuzung vereitelt, nachdem der Selbstmordattentäter den Befehl ignoriert hat, am Kontrollpunkt Dabka anzuhalten“, schrieb er auf Twitter.

„Soldaten schossen auf das Auto, bevor die Explosion passierte. Der Schaden wurde minimiert“, fügte er hinzu.

Nach Angaben des Nachrichtenportals Goobjoog News kam es Samstagmorgen zu einer Autobombenexplosion in der Nähe des Parlamentsgebäudes. Das Fahrzeug war nach vorläufigen Angaben auf dem Weg zum Unterhaus des Parlaments, als es von Sicherheitskräften gestoppt wurde.

In der Nähe des Parlamentsgebäudes befindet sich der Präsidentenpalast; die beiden Gebäude sind der Meldung zufolge etwa 800 Meter vom Tatort entfernt.

Mehrere Gebäude und Autos seien durch die Explosion beschädigt oder zerstört worden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/0d/897443_0:121:2051:1275_1440x0_80_0_0_5bab1a3c7bbbe007baba248a7cef4d79.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 13. Februar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zweimal den zweiten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen das Feuer mit einem Unterlaufgranatwerfer und Schusswaffen eröffnet und drei Granaten auf **Leninskoje** abgefeuert.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben außerdem Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der BFU **Befestigungsarbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen im Gebiet von Awdejewka** betrieben.

Zuvor hatten wir mehrfach Fälle von Durchführung von technischen Arbeiten im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU festgestellt, was vom Bericht der OSZE-Mission vom 12.02.2021 bestätigt wird, indem auf die Verlängerung eines Schützengrabens eines Marineinfanteriebataillons der BFU im Gebiet von Wodjanoje um insgesamt 30 Meter hingewiesen wird.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **13 Stück Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade – zehn T-64-Panzer an er Eisenbahnstation

in Krasnoarmejsk.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade – drei Schützenpanzer auf dem Gebiet von privaten Häusern in Beresowoje.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade – ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet am westlichen Rand von Pionerskoje in der Nabereshnaja-Straße.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, im Verantwortungsbereich der 53. Brigade der BFU in den Gebieten von Beresowoje eine Gruppe des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt wird, deren Aufgabe es ist, mit einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

In den Truppenteilen und Verbänden der BFU in der Zone der Besatzungskräfte geht die Reihe von Vorfällen weiter, in deren Folge die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste zunimmt.

Nach Informationen unserer Quellen erlitt gestern der Zugführer Leutnant Subrenko auf den Positionen des 1. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Pawlopol eine Detonationsverletzung, als eine RGO-Granate detonierte. Am Ort des Geschehens trafen Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft ein, die feststellten, dass Subrenko die Durchführung des militärischen Dienstes kontrolliert hatte. Beim Abgehen der Frontpositionen wurde eine Granate in den Schützengraben, in dem sich der Leutnant befand, geworfen. Den Ermittlern gelang es die Person des Übertäters festzustellen, es war der Soldat Baloga, dem Subrenko zuvor eine Geldprämie entzogen hatte. Inzwischen wurde Baloga festgenommen, Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft haben ein Strafverfahren nach § 115 des Strafrechtsbuchs der Ukraine „Mordversuch“ eingeleitet.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Kommando der OOS zur Verheimlichung der wahren Ursachen des Vorfalles weiter die Praxis der Verheimlichung von nicht kampfbedingten Verlusten einsetzt und Soldaten der Volksmiliz der DVR der Verletzung des Offiziers beschuldigt. Der Abstand zwischen den Positionen der BFU und der Volksmiliz, der mehr als 4 km beträgt, schließt eine Beteiligung der Verteidiger der Republik an diesem Vorfall aus. Ein weiterer Vorfall unter Beteiligung von Kämpfern der BFU wurde am 12. Februar auf den Positionen der 56. Brigade festgestellt. Im Gebiet von Peski wurde eine Massenauseinandersetzung unter Kämpfern des 23. Panzergrenadierbataillons statt, die betrunken waren. In der Folge des Konflikts kam der Feldwebel Dankow mit einer Gehirnerschütterung und einer Verletzung am rechten Auge ins Krankenhaus, weitere fünf Kämpfer wandten sich mit verschiedenen Hämatomen und Verletzungen der inneren Organe an den Sanitätspunkt des Bataillons verwiesen. In der Brigade läuft eine Ermittlung zur Aufklärung der Ursachen dieses Vorfalles.

Im Verantwortungsbereich der 72. Brigade der BFU gab es auch eine Verletzung eines ukrainischen Kämpfers.

Am Abend verließ der Soldat des 3. Bataillons Wegowskij, der betrunken war, eigenmächtig die Positionen und fuhr nach Awdejewka, um alkoholische Getränke zu besorgen. Am Geschäft „ATB“ traf der Soldat auf eine Gruppe junger Leute, gegen die der betrunkene Soldat Einwände bezüglich ihres Verhaltens und ihrer Freizeitbeschäftigung hatte, während er und seine Kameraden sich in den Schützengräben befinden. Ein kurzes Gespräch ging in einen Konflikt über, in dessen Folge Wegowskij mit einem geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma und einem Knochenbruch am rechten Bein in das Militärhospital von Krasnoarmejsk eingeliefert wurde.

Alle diese Fälle demonstrieren deutlich das völlige Fehlen von Kontrolle von Seiten des ukrainischen Kommandos über das unterstellte Personal und das geringe Niveau des moralisch-psychischen Zustands der Soldaten.

snews.de: **Zwei Menschen bei Autobombenanschlag in Syrien getötet**

Eine Autobombe ist am Samstag auf einem Markt in der Kleinstadt Ar-Ra‘i nördlich der syrischen Stadt Aleppo explodiert. Nach Angaben der Nachrichtenagentur SANA kamen dabei zwei Menschen ums Leben – 13 weitere wurden verletzt.

Demnach explodierte der im Auto versteckte Sprengsatz auf dem Markt in Ar-Ra‘i. Darüber hinaus seien umliegenden Gebäude beschädigt worden.

In der betroffenen Region agieren mehrere Terrorgruppen, die miteinander rivalisieren und oft Bombenanschläge verüben.



https://cdn.snews.de/img/07e5/02/0d/898830_0:258:3091:1997_1440x0_80_0_0_7286b57f8b552d9a094bf64b23b443f0.jpg

Dan-news.info: **Die staatlichen Ausgaben für die Entwicklung des Gesundheitssystems der DVR betragen in diesem Jahr 1 Mrd. Rubel**, teilte der Gesundheitsminister Alexandr Oprischtschenko mit.

„Im letzten Jahr wurden für den Bereich des Gesundheitssystems 600 Mio. Rubel zugewiesen – für die Reparatur von Ausrüstung, Fahrzeugen und Gebäuden, den Kauf neuer medizinischer Technik, Krankenwagen. In diesem Jahr wurden uns im Zusammenhang damit, dass das letzte Programm erfolgreich umgesetzt haben, wurden uns 1 Milliarde Rubel zugeteilt“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass die Ausgaben in diesem Jahr für die gleichen Bereiche geplant sind wie 2020. „Außerdem werden jetzt nicht nur Krankenwagen kaufen, sondern auch Fahrzeuge für die Krankenhäuser“, sagte der Minister.

snews.de: **Twitter sperrt Konto russischer OSZE-Delegation für Rüstungskontrolle**

Der Kurznachrichtendienst Twitter hat den offiziellen Account der Delegation der Russischen Föderation für militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle bei der OSZE in Wien gesperrt. Dies geht aus einer Mitteilung des Chefs der russischen Delegation, Konstantin Gawrilow, hervor.

Wenn man das Twitter-Profil der russischen Rüstungskontrolldelegation in Wien anklickt, stößt auf den Hinweis, dass die Seite blockiert ist.

Was sind die Gründe? Russlands alternative Haltung bei der Einschätzung der aktuellen politischen Situation in Europa, die beim OSZE-Seminar über Militärdoktrinen geäußert wurde? Das Blockieren von offiziellen Konten, die die offizielle grundsätzliche Haltung des einen oder anderen Landes widerspiegeln, ist eine offensichtliche Zensur“, schrieb Gawrilow auf seinem persönlichen Twitter-Account.

Vorläufig würden alle entsprechenden Informationen auf seiner persönlichen Twitter-Seite

veröffentlicht, fügte er hinzu.

Die russische Delegation habe bereits eine Anfrage an den Twitter-Support gerichtet und wolle sich unter anderem an die Generalsekretärin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Helga Schmid, wenden.

„Twitter hat uns so einfach, ohne Erklärung, rüpelhaft gesperrt. Wir hatten dort eine Menge Tweets über die NATO, Militärdoktrinen, und so ist das Ergebnis. Nur damit bringen wir dies (die Sperrung – Anm. d. Red.) in Verbindung“, sagte Gawrilow gegenüber SNA.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte in dieser Hinsicht, Moskau hoffe darauf, dass die Sperrung des Twitter-Accounts der russischen Delegation bei den Wiener Verhandlungen über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle ein technisches Problem sei.

Wir haben bereits eine Anfrage an das Unternehmen geschickt. Wir hoffen, dass es sich um ein rein technisches Problem handelt“, sagte sie.

Ende Januar war das Facebook-Konto des Chefs der russischen Weltraumorganisation Roskosmos, Dmitri Rogosin, gesperrt worden, nachdem er Äußerungen des einstigen US-Botschafters in Russland Michael McFaul kritisiert hatte. Später wurden die Facebook- und Twitter-Seiten des russischen Unternehmers Jewgeni Prigoschin gesperrt. Wie sein Gastronomieunternehmen „Konkord“ mitteilte, war die Sperrung auf die Kritik des US-Präsidenten Joe Biden durch Prigoschin zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund zunehmender Versuche, soziale Netzwerke zu zensieren, bereiten russische Senatoren ein System von Bußgeldern für Internet-Riesen vor, die Aktivitäten der Internet-Nutzer illegal einschränken.